

Aeugst a.A, 12. Dezember 2005

KR-Nr. 360/2005

A N F R A G E von John Appenzeller (SVP, Aeugst a.A.)

betreffend Auswirkungen der NFA

Im Zusammenhang mit der Inkraftsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Im Juli 2004 bezifferte der Regierungsrat den Mehraufwand, den die Inkraftsetzung der NFA mit sich bringt, auf 219 Mio. Franken. Gleichzeitig hielt er in einer Medienmitteilung fest, dass sich „wegen aktuellerer Zahlen und materieller Änderungen noch erhebliche Verschiebungen ergeben können“.
Mit welchem Zusatzaufwand rechnet der Regierungsrat mittlerweile?
2. Wie will der Regierungsrat diesen Mehraufwand finanzieren?
3. Ein wichtiges Argument im Abstimmungskampf, aus dem der Regierungsrat als strahlender Sieger hervorgegangen ist, war der Hinweis auf den so genannten Anti-Zürich-Reflex, dem offensichtlich nur mit Millionenzahlungen an unsere Eidgenössischen Freunde begegnet werden kann.
Welche Fortschritte konnte der Regierungsrat in dieser Hinsicht bereits verzeichnen?

John Appenzeller

360/2005